



Foto: Wikimedia / Tracy Hunter

Nach den Sprengungen durch radikal-islamische Taliban waren nur noch die leeren Höhlen der Buddha-Statuen zu sehen. Deutsche Forscher im afghanischen Bamiyan-Tal arbeiten an der Rekonstruktion.

Ein Stück Hoffnung

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird neu ausgerichtet. Wie sie genau aussehen soll, wird zur Zeit unter anderem in einem öffentlichen Konsultationsprozess beraten. Eines ist schon jetzt klar: Die Hochschulen sollen künftig eine stärkere Rolle spielen.

von Jenni Roth

Gut 1500 Jahre lang hatten die Riesen-Statuen über das karge, stau- bige Bamiyan-Tal in Afghanistan gewacht. Von buddhistischen Mönchen einst in halsbrecherischer Arbeit in den Fels geschlagen, ragte die eine 55 Meter in die Höhe, die andere 35 Meter – bis zum 12. März 2001: An diesem Tag pulverisier- ten radikal-islamische Taliban die beiden Unikate des Weltkulturerbes. Weltweit lö- ste diese Tat Entsetzen aus.

Bei Prof. Dr. Michael Jansen wich das Entsetzen schnell dem Tatendrang. Von der Unesco beauftragt, begann der Professor für Baugeschichte an der RWTH Aachen mit seinem Team bereits im Jahr darauf mit den ersten Untersuchungen; sie sicherten und vermaßen die Trümmer der zerstörten Fi- guren. Mit vor Ort war ein afghanischer In- genieur und hochrangiger Vertreter der Re- gierung, der in Aachen studiert hatte. „Er führte uns an unser zweites Projekt heran“, sagt Jansen. In Ghazni, der islamischen Kulturhauptstadt 2013, restauriert er nun die bis zu 18 Meter hohe Stadtmauer. Zu- dem wird ein Campus errichtet, der 2013 als Veranstaltungsort dienen und dann zur Uni- versität umfunktioniert werden soll.

Vom Auswärtigen Amt erhalten die Forscher dafür 1,5 Millionen Euro. Von der Unesco kommen weitere fünf Millio- nen Euro. Aber warum steckt Deutschland Entwicklungsgelder in eine 500 Jahre alte Lehm- mauer? „Culture for peace“ ist Jan- sens Antwort. Kultur und Bildung sind für ihn Maßnahmen zur Friedenssicherung: „Die Menschen müssen ihre alte Identität und ihre Traditionen wiederherstellen und gleichzeitig neue Wurzeln schlagen.“

Eine neue Bildungsstrategie

Bildung ist ein Menschenrecht – aber längst nicht überall Realität. So zeigt der Weltbil- dungsbericht 2011 Erfolge in vielen Ent- wicklungsländern. Doch noch immer gibt es einen dramatischen Nachholbedarf – welt- weit besuchen zum Beispiel 67 Millionen Kinder keine Schule.

Auf die katastrophale Situation in Ent- wicklungsländern reagiert die Bundesre- publik Deutschland nun mit einem neuen

Konzept für die Entwicklungszusammen- arbeit. Anfang März legte das Bundesmi- nisterium für wirtschaftliche Zusammen- arbeit (BMZ) einen neuen Entwurf für eine „ganzheitliche Bildungsstrategie in der Ent- wicklungszusammenarbeit“ vor. Noch han- delt es sich dabei nur um ein Konzept. Bis Ende des Jahres soll daraus eine echte Stra- tegie werden. Doch zuvor sollen sich mög- lichst viele Menschen an der Ausarbeitung beteiligen – aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Wis- senschaft und auch Partner aus Ent- wicklungsländern (E-Mail: bildung@bmz.bund.de). Eines aber ist jetzt schon klar: Bildung erhält eine Schlüsselrolle in der Entwicklungshilfe. Und die Bedeutung der Hochschulen wird sich verändern. Denn erstmals soll ein ganzheitlicher Ansatz den gesamten Bildungsbereich erfassen und vernetzen. Das neue Konzept berücksichtigt neben der Grund- und Sekundarbildung auch die berufliche Bildung sowie die Hochschul- und Erwachsenenbildung.

Die deutschen Hochschulen sind seit Jahren in der Entwicklungshilfe aktiv. „Wir hoffen, dass die Bedeutung des Hochschul-

sektors durch die neue Strategie weiter zu- nimmt“, sagt Stefan Bienefeld vom Deut- schen Akademischen Austauschdienst (DAAD). „Schon die Möglichkeit der Par- tizipation stimmt uns da zuversichtlich.“ Zudem erhofft sich der Referatsleiter im Bereich Entwicklungszusammenarbeit ei- nen Reflexionsprozess, in dem die bishe- rige Arbeit überdacht und optimiert wer- den kann. Mitte Mai hat der DAAD in Berlin eine Tagung zum Thema Hochschule und Entwicklungszusammenarbeit veranstaltet. „Jetzt wäre es schön, wenn

„Die Menschen müssen ihre alte Identität und ihre Traditionen wiederherstellen.“

die dort entwickelten Ideen umgesetzt wer- den können“, sagt Bienefeld.

Das BMZ jedenfalls will in der Hoch- schulbildung verstärkt „innovative Projekte“ fördern, heißt es im Entwurf. Insbesonde- re „zukunftsträchtige Branchen“ wie er- neuerbare Energien, Klimaschutz, Wasser- management und Rohstoffsicherung sind damit gemeint. Man wolle die Qualität der Lehre und die Strukturen vor Ort verbes- sern. Wichtige Akteure für die Umsetzung sind der Deutsche Akademische Austausch- dienst (DAAD) und die Deutsche Gesell- schaft für Internationale Zusammenarbeit

Geld für die Entwicklungshilfe

- Die 27 EU-Mitgliedsstaaten wollen ihre Ausgaben für Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttoin- landsprodukts (BIP) anheben. Derzeit kommt Deutschland laut BMZ auf einen Anteil von 0,4 Prozent. Laut OECD ist das zu wenig: Die der EU an- gehörenden OECD-Länder hatten sich für 2009 verpflichtet, mindestens 0,51 Prozent des BIP für Entwicklungshilfe bereitzustellen.
- 2009 flossen mit 1,23 Milliarden Euro 14 Prozent der gesamten deutschen bilateralen öffentlichen Mittel für

Entwicklungszusammenarbeit in die Bildung.

- Deutschland ist seit 2008 größter bilateraler Geber für tertiäre Bildung. Weltweit fließen 3,03 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln in die Ent- wicklungszusammenarbeit für tertiäre Bildung. Die deutschen Ausgaben in diesem Bereich betragen 858 Millio- nen Euro (27 Prozent), gefolgt von Frankreich mit 778 Millionen Euro (26 Prozent) und Japan mit 319 Millionen Euro (11 Prozent). Von der EU kom- men 214 Millionen Euro (6 Prozent).

(GIZ). Die neue Bildungsstrategie ergebe neue Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit, sagt die DAAD-Gruppenleiterin Entwicklungszusammenarbeit, Dr. Anette Pieper de Avila. „Es reicht ja nicht, wenn in Afrika eine gute Grundbildung für alle verwirklicht wird. Es werden auch dringend gut ausgebildete Fach- und Führungskräfte zur Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft benötigt. Und dafür brauchen die Länder Hochschulen, die ihrer Aufgabe gerecht werden können.“

Beim BMZ heißt es, die tertiäre Bildung sei zwar kein UN-Millenniumsziel, doch ein Mittel auf dem Weg dorthin: Sie könne einerseits mit der Ausbildung von Grundschullehrern an Hochschulen die Grundschulbildung fördern. Andererseits könne nur eine gut ausgebildete Elite langfristig finanzielle und technische Unabhängigkeit garantieren. Bestenfalls könne sie Demokratisierungs- und Modernisierungsbewegungen vorantreiben. Zudem könnten

Rückgrat.“ Im Fokus der neuen BMZ-Strategie steht jedoch nicht Afghanistan, sondern Afrika. Weil dort das Bildungsdefizit am größten ist, sollen die Entwicklungsbeiträge für Bildung bis zum Jahr 2013 verdoppelt werden. Sie steigen dann auf 137 Millionen Euro. Das kann nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Hoffnung ruht auf einem Universitätsprojekt. In den kommenden Jahren soll gemeinsam mit anderen Ländern eine panafrikanische Universität (PAU) aufgebaut werden. „Wir wollen Braindrain vermeiden, die Elite soll im eigenen Land ausgebildet werden“, sagt Dr. Nils Geißler von der GIZ. Wissenschaft und Technologie sollen gefördert und die Forschung vernetzt werden. Wissenschaftler sollen sich so besser austauschen können und afrikanische Studierende mobiler werden. Die PAU soll

„Auch in erdölreichen Ländern sind Bildungsstandards unterentwickelt.“

in Niger und Mitbegründer der politischen Initiative „Grundbildung in der Dritten Welt“, sagt: „Wie soll man mit der lokalen Wirtschaft zusammenarbeiten, wenn keine existiert? Zudem fehlt es in Afrika an tüchtigen, verantwortungsvollen Führungskräften. Alle sind im Westen ausgebildet worden – auch jene, die jetzt als Diktatoren herrschen und die Zusammenarbeit erschweren. Was also bringen diese Hochschulkooperationen?“

Dieser Problematik ist sich auch Pieper de Avila bewusst. Zwei DAAD-Projekte in Afrika orientieren sich deshalb an der Idee, dass Bildung allein nicht reicht: das Public Policy in Good Governance (PPGG) und das African Good Governance Network (AGGN), ein Fortbildungsprogramm für Studierende aus der Subsahara-Region. Dessen Hintergrund: An deutschen Hochschulen werden zahlreiche junge Afrikaner ausgebildet. Kehren sie in ihre Heimatländer zurück, spielen sie im Transformationsprozess zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Wohlstand oft eine Schlüsselrolle – sei es in Politik, Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung oder in Organisationen der Zivilgesellschaft. Für AGGN-Mitglieder gibt es deshalb studienbegleitende Fortbildungsveranstaltungen und Konferenzen zum Thema „Good Governance“.

Motor für die Wirtschaft

Ähnliche Ziele verfolgt das PPGG. Darin können gut qualifizierte Absolventen einen Master in Fächern erwerben, die für die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung in den Herkunftsländern wichtig sind. Die Idee: Die Stipendiaten nutzen ihre in Deutschland erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen später in ihrer Heimat, um demokratisch orientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsformen voranzutreiben und soziale Gegensätze zu überwinden.

Wie nötig das ist, zeigen die jüngsten Entwicklungen in Nordafrika. „Nach den Umstürzen brauchen die Länder gut ausgebildete Fachkräfte“, sagt Stefan Bienefeld. „Damit ist aber auch schon das nächste Problem benannt: Es fehlen Arbeitsplätze.“ Im Hochschulbereich müsse man also Hilfe beim Technologietransfer leisten oder zeigen, wie Ausgründungen oder Kooperationen mit der Wirtschaft funktionieren.

Andererseits könnten die Entwicklungen in Nordafrika neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnen. Pieper de Avila vom DAAD rechnet mit zusätzlichen Mitteln, und bei der GIZ ist ein Acht-Millionen-Projekt im Berufsbildungssektor im Gespräch: „Gerade



Foto: pocco_bw - Fotolia.com

Das Bildungsdefizit in Afrika ist hoch. Dieses Mädchen hat Glück, es geht zur Schule.

nur qualifizierte Fach- und Führungskräfte drängende Entwicklungsprobleme lösen.

In Afghanistan fehlt eine solche Wissenselite. Bis sie aufgebaut ist, wird das Land auf Forscher wie Michael Jansen angewiesen sein. Für den Aachener und sein Team ist die Arbeit an den Buddha-Statuen natürlich alles andere als ein Opfer, sondern eine der Herausforderungen, die Wissenschaftler suchen und brauchen. Für die Rekonstruktion der Kolosse aus dem Bamiyan-Tal hat Jansens Team eine 3-D-Projektion entwickelt. Darin können die Bruchstücke computergesteuert zu einem Ganzen zusammengesetzt werden. Unabhängig davon ist Jansen sehr wohl bewusst: „Afghanistan braucht ein ökonomisch-akademisches

in Zukunft fünf über ganz Afrika verteilte Standorte mit jeweils unterschiedlichen Fachbereichen bekommen. Sie reichen von Klimathemen über Gesundheit bis Good Governance. Treiber des Projekts ist die Afrikanische Union.

Das BMZ setzt aber auch auf den Nutzen für die lokale Wirtschaft. Kontakte zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft sollen auf- und ausgebaut werden. Zudem werde der für Entwicklung und Innovation nötige Wissenstransfer von Unis zu Privatunternehmen gefördert. Das sehen manche Kenner mit großer Skepsis. Entwicklungsexperte Kurt Gerhardt, früherer Landesbeauftragter des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED)

in Ägypten gibt es viele hoch Qualifizierte, deren Bildung aber nicht dem Arbeitsmarkt angepasst ist“, sagt Nils Geißler.

An diesem Ziel orientiert sich auch das Engagement der RWTH Aachen in Oman. Dort wird gerade in einer Art Franchise-System eine Privatuniversität aufgebaut: „Private Sponsoren aus Oman geben das Geld, wir schicken die Professoren aus Deutschland“, sagt Jansen. Das Beispiel zeige: Auch in erdölreichen und wohlhabenderen Ländern sind Bildungsstandards und -infrastruktur unterentwickelt. „Wir wollen dort deutsche Qualitätsstandards einführen.“

Handfeste wirtschaftliche Interessen

Und was bringt das Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit den deutschen Hochschulen? Die RWTH Aachen sichert in Afghanistan ebenso Frieden wie der DAAD: „Derlei Projekte fördern die Befähigung und Bereitschaft zu friedlicher Konfliktlösung“, sagt Dr. Alexander Kupfer, DAAD-Projektkoordinator für Afghanistan. Aber es spielen auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle. Pieper de Avila meint, deutsche Hochschulen könnten durch die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern ihr internationales Profil schärfen: „Oft ergeben sich interessante Forschungsmöglichkeiten und die Möglichkeit, gemeinsam erarbeitete Erkenntnisse dann über Netzwerke in den Entwicklungsländern zu verbreiten.“

Kooperationen mit Entwicklungsländern werden deutsche Hochschulen tatsächlich nur eingehen, wenn ihnen das Engagement wissenschaftlich interessant genug erscheint. Nur dann dürften sich auch Forscher finden, die die Kooperation mit Leben füllen. Dass Altruismus allein nicht zieht, macht RWTH-Professor Jansen deutlich. So ließen sich durch die Zusammenarbeit kluge Köpfe für das fachkräftearme Deutschland akquirieren. „Ich beobachte einen Abschied von der idealistischen Position, ausländische Studenten hoch zu qualifizieren, um sie dann mit ihrem Wissen zurück in ihre Heimat zu schicken“, sagt Jansen. In den USA und England versuche man schon länger, die Besten zu holen und zu halten.

Ob diese Idee dem Entwicklungsminister schmecken wird, ist aber eine andere Frage. Im Strategieentwurf wird eigens darauf hingewiesen, dem Braindrain der Entwicklungsländer entgegenwirken zu wollen. Die Diskussion um die neue Entwicklungsstrategie wird in den kommenden Monaten noch viel Feinarbeit verlangen. ■

Jenni Roth
ist freie Journalistin in Berlin.

Die Hochschulhelfer

DAAD und GIZ sind die größten Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit im Bildungsbereich. Aber es gibt auch andere.

■ **Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ):** Obwohl die GIZ erst im Januar 2011 gegründet wurde, ist sie schon lange im Geschäft. Sie ist durch die Zusammenlegung dreier bestehender Organisationen entstanden – der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und Inwent (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH). Die GIZ hat rund 19 000 Beschäftigte und verwaltet fast zwei Milliarden Euro pro Jahr. Pakistan und Afghanistan sind Schwerpunkte der GIZ-Arbeit. Dabei spielen Gender-Fragen eine wichtige Rolle. In Afrika gibt es bisher Projekte in Mosambique, Malawi und Guinea. Allerdings ist ein panafrikanisches Uninetzwerk geplant, an dem sich die GIZ beteiligt. Das Budget für Bildung, das aus dem BMZ kommt, ist von 100 auf 200 bis 220 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt worden. Das Geld ist für Bildung insgesamt vorgesehen.

■ **Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD):** Der DAAD erhält aktuell 79 Millionen Euro pro Jahr für den Bereich Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Mittel kommen vom Auswärtigen Amt, vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie von der Europäischen Union. Der DAAD arbeitet in der Entwicklungszusammenarbeit in vielen Bereichen. Im Großprojekt „Hochschulexzellenz in der Entwicklungszusammenarbeit“ (Exceed) zum Beispiel werden deutsche Hochschulen gemeinsam mit ihren Partnern in den Entwicklungsländern gefördert. So sollen Lehre, Forschung und Dienstleistung nachhaltig gestärkt werden. Deshalb wird etwa Spitzenforschung mit Leuchtturm-Funktion initiiert oder es werden Kompetenzzentren eingerichtet, die als „Think-tanks“ fungieren. ■

■ Weitere Akteure:

Die Maßnahmen reichen von der Individualförderung (etwa Stipendien- oder Alumniprogramme) über institutionelle Förderung (Hochschulkooperationen) bis zur Projektförderung. Neben GIZ und DAAD sind folgende Akteure aktiv:

KfW Entwicklungsbank: Aus BMZ-Mitteln stellt sie von der Bundesregierung zugesagte Finanzierungsmittel für Investitionen und Beratungsleistungen bereit. Sie unterstützt Partnerregierungen dabei, meist mehrjährige Bildungsprogramme zu erstellen, und finanziert Strukturreformen und Programmmaßnahmen mit.

Alexander von Humboldt-Stiftung: Aus Mitteln des BMZ führt die Stiftung das Georg-Forster-Forschungsstipendien-Programm durch. Es wendet sich an überdurchschnittlich qualifizierte Wissenschaftler aller Fachgebiete aus Entwicklungs- und Schwellenländern (ohne Indien und China), die entwicklungsrelevante Forschungsvorhaben in Deutschland durchführen wollen.

Kirchen: Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und der Katholische Akademische Ausländerdienst (KAAD) unterhalten Stipendienprogramme. Das Stipendienprogramm des EED wird aus Kirchensteuer- und BMZ-Mitteln finanziert. Seit 1971 sind mehr als 1100 Stipendiaten gefördert worden, davon circa 250 durch Stipendien für ein Studium in Entwicklungsländern. Mit KAAD-Stipendien werden jährlich rund 500 Personen gefördert.

Internationale Geber: Teils vom BMZ unterstützt engagieren sich unter anderem die Unesco, die EU, die Weltbank, die African Development Bank (AfDB) und private Stiftungen wie die Agha Khan Foundation, die Ford Foundation, die Rockefeller und die Carnegie Foundation. ■